



Arm in einem reichen Land

## Aktivitäten der Zivilgesellschaft und weiterführende Ideen

Nach der These vom so genannten Drei-Säulen-Modell wird die moderne Gesellschaft zuverlässig vom Staat (oder Politik, Macht...), von der Wirtschaft (oder Geld...) und vom zivilgesellschaftlichen Engagement getragen. Zuverlässig vor allem dann, wenn diese drei Säulen gleichrangig wirken. Bereits Mitte der 80er Jahre forderte Jürgen Habermas allerdings für die alte Bundesrepublik eine „neue Balance“ zwischen den drei gesellschaftlichen Ressourcen, die er Geld, Macht und Solidarität nannte. Ganz offensichtlich war (schon) damals die Gleichrangigkeit der tragenden Säulen in Gefahr. „Moderne Gesellschaften verfügen über drei Ressourcen, aus denen sie ihren Bedarf an Steuerungsleistungen befriedigen können: Geld, Macht und Solidarität. Deren Einflussphären müssten in eine neue Balance gebracht werden. Damit will ich sagen: Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müsste sich gegen die „Gewalten“ der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten.“

Bezogen auf das Armutsthema wird deutlich, dass bis heute die „neue Balance“ zwischen Geld, Macht und Solidarität nicht erreicht ist. Dabei ist offensichtlich, dass Armutslagen und die damit verbundenen Probleme – langfristig gedacht - für keine der drei Säulen von Vorteil sind. Auch die Wirtschaft und die regierende Macht sind letztlich an sozialem Frieden und an psychisch und körperlich starken und belastbaren Persönlichkeiten (ArbeitnehmerInnen) interessiert. Die Zivilgesellschaft sowieso. Dennoch gelingt es der „sozialintegrativen Gewalt der Solidarität“ heute – Deutschland ist deutlich größer als Mitte der 80er Jahre – immer weniger, sich bei der Bekämpfung der Armut gegen finanziell-wirtschaftliche und politische Gewalten zu behaupten. Anderenfalls wäre Armut kein zunehmendes Phänomen. Warum das so ist, warum der sozialen Marktwirtschaft seit Ende der 70er Jahre das Soziale ausgeht, warum die langfristigen sozialen Effekte immer häufiger dem kurzfristigen ökonomischen Profit geopfert werden, hatte in den 80er Jahren ganz sicher mit der Schwäche und hat seit den 90er Jahren mit dem Wegfall des realsozialistischen Konkurrenten zu tun. Es gehört zu den Aufgaben der Zivilgesellschaft, dieses Thema mit allen seinen Konsequenzen in die öffentliche Debatte zu bringen. Wer sonst könnte die Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik, genauer die Hierarchie zwischen den Säulen Geld und Macht, reflektieren?

Dabei kann schon die regierungsamtliche Akzeptanz von „Armut in Deutschland“ als politischer Erfolg gewertet werden, an dem Nicht-Regierungs-Organisationen und wissenschaftliche Einrichtungen über Jahrzehnte hinweg (in der alten Bundesrepublik) gearbeitet haben. Noch im Sommer 1998, als der 10. Kinder- und Jugendbericht eine wachsende Kinderarmut in Deutschland diagnostizierte, widersprach die damalige Regierung ausdrücklich und verglich die am Bericht beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit deren „modernem selbstverständlichen Gerede von Armut“ mit Scharlatanen.

Die Akzeptanz des Themas ist also inzwischen erreicht. Sowohl die rot-grüne als auch die schwarz-rote Regierung veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte, in denen sie sich zu

einer für Deutschland zutreffenden Armutsdefinition bekannten. Die drei bisher erschienenen Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung belegen - wie begleitende Sozialberichte (Armutsatlas 2009, DIW-Armutsstudie 2010, Bertelsmann-Studie 2010) auch - dass Armut in Deutschland wächst und dass dieses Phänomen bestimmte soziale Gruppen in existenzieller Weise trifft. Frauen und Kinder gehören zu solchen Gruppen. Gemeinsam für alle Sozialberichte zu diesem Thema ist auch, dass über Reichtum so gut wie nichts Konkretes ausgesagt wird, weder zum Ausmaß in seiner Entwicklung noch zu den speziell betroffenen Gruppen und Regionen noch zu den emanzipatorischen Auswirkungen. Schon gar nicht finden sich in solchen Berichten Aussagen zum polit-ökonomischen Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum in der gegenwärtigen Gesellschaft.

Die Pflichten der „Säule“ Zivilgesellschaft haben sich damit verändert. Es geht nicht mehr darum, auf Öffentlichmachung von Armutslagen zu drängen. Es geht nicht mehr nur darum, die Zusammenhänge zwischen Armut einerseits und Bildung, Gesundheit, Partizipation, damit auch Sicherheit des Staates ... andererseits sichtbar zu machen. Wer sich zu solchen Themen informieren will, hat im gegenwärtigen Deutschland Möglichkeiten dazu. Die Aufgaben der Zivilgesellschaft beim Armutsthema könnten heute etwa so strukturiert werden:

Erstens. Der Armuts- und Reichtumsprozess ist in seiner zeitlichen und räumlichen Entwicklung und in seinen individuellen Auswirkungen zu beobachten. Die relevanten Daten und Sozialberichte sind zur Kenntnis zu nehmen, öffentlich und kritisch zu werten, mit der vorausgegangenen Berichterstattung zu vergleichen, gegebenenfalls mit Schattenberichten/Alternativberichten zu ergänzen. Geht man davon aus, dass Armutsbekämpfung als politische Aufgabe drei Aspekte umfasst – Verhinderung von Armut, Überwindung von Armut, Erleichterung von Armutslagen – dann kann diese erste Aufgabe der Zivilgesellschaft als Voraussetzung für alle drei Aspekte interpretiert werden.

Außer der regierungsamtlichen Armuts- und Reichtumsberichterstattung beschäftigen sich auch die regelmäßig erarbeiteten Kinder- und Jugendberichte, die Familienberichte, die Migrationsberichte, die Gesundheitsberichte, der erste Gender-Datenreport, auch der erste Bildungsbericht mit dem Armutsthema.

Dabei fällt erstens auf, dass alle diese Berichte Ost-West-Differenzen in der Armutsentwicklung nachweisen können. Im Osten ist die Armutsrate deutlich höher als im Westen. Gleichzeitig fällt die Entgelt-Differenz zwischen Männern und Frauen deutlich geringer aus (5 Prozent). Im Osten ist die so genannte Erwerbsneigung der Frauen seit 20 Jahren unverändert hoch und die Geburtenrate seit 2008 wieder höher als in den alten Ländern. Im Osten gibt es den oft beklagten Zusammenhang zwischen weiblichem hohem Bildungsgrad und Kinderlosigkeit nicht. Im Gegenteil, gerade bei hoch gebildeten Frauen ist die Mütterrate jetzt wieder so hoch wie in der späten DDR. Im Osten wird auffällig selten geheiratet; jedes zweite Kind unehelich geboren, im Westen jedes vierte. Solchen Fakten, die alle mehr oder weniger mit der Armutsentwicklung von Frauen und Kindern zusammenhängen, muss sehr viel gründlicher als bisher nachgegangen werden, und zwar jenseits von Verklärung oder Verteufelung der DDR-Vergangenheit. Solche Fragen gehören auf die Agenda der Zivilgesellschaft.

Bei der Recherche der relevanten Sozialberichte und Statistiken fällt zweitens auf, dass ausgerechnet in der Berichterstattung der Regierung zur Erfüllung der UNO-Frauenkonvention

(CEDAW), also in der auf der höchsten Ebene angesiedelten Sozialberichterstattung, das Armutsthema so gut wie keine Rolle spielt. Im Vierten und Fünften CEDAW-Staatenbericht (1998, 2002) wurde es völlig ignoriert, im Sechsten Bericht (2007) kam es marginal vor. Und das, obwohl 2002 bereits ein erster Armuts- und Reichtumsbericht für Deutschland erschienen war, obwohl Anfang der 90er Jahre "Infantilisierung der Armut" (Hauser) ein viel diskutiertes Thema wurde und obwohl die besonderen Armutsrisiken der nichtdeutschen Bevölkerung (ab dem 70. Lebensjahr mehr Frauen als Männer) seit Jahren bekannt waren. Das sollte für die Zivilgesellschaft ein wichtiges Motiv sein, Alternativberichte zu schreiben oder zumindest deutlich zu machen, was vorliegende Berichte benennen und was sie verschweigen.

Zweitens. Der Prozess der Armuts- und Reichtumsentwicklung ist zu beeinflussen durch eigene Aktivitäten der Vereine, ehrenamtlichen Gruppierungen, Interessengemeinschaften, alternative WissenschaftlerInnen usw. Weil die Zivilgesellschaft im Allgemeinen über wenig Entscheidungsmacht und auch über wenig Geld verfügt, sind die eigenen Aktivitäten meist auf den dritten Aspekt der Armutspolitik, auf die partielle Linderung von Armutslagen gerichtet (Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Wärmestuben usw.). Die Linderung von Reichtumslagen, die ein mindestens gleich großes gesellschaftliches Problem darstellt, wird im zivilgesellschaftlichen Engagement kaum thematisiert. Reichtum ist „wie ein scheues Reh“ und will als gesellschaftliches Problem nicht auffallen. Der Schutz vor extremer Armut dagegen oder die Unterstützung bei drohendem sozialem Abstieg sind Aufgaben, die buchstäblich „auf der Straße liegen“ und nicht übersehen werden können.

Auch öffentliche Kinderbetreuung kann Armutslagen lindern und gehört in vielen Kommunen zunehmend zu den Aktivitäten der so genannten freien Träger, also der Zivilgesellschaft. Die Bedeutung von Kindertagesstätten für die Eltern, vor allem Mütter, wurde in der alten Bundesrepublik seit den Frauenprotesten der letzten 60er Jahre ein heißes Thema. Ihre Bedeutung für die Kinder ist im westlichen Teil Deutschlands erst seit wenigen Jahren in einer produktiven Debatte. Es scheint fast so zu sein, als sei das Thema erst seit dem „Pisa-Schock“ politisch gewollt. Denn inzwischen wird kaum noch bestritten, dass Kinder, die längere Zeit eine Kita besucht haben, in höherem Maße gesund (weniger übergewichtig), beziehungsfähig und intellektuell entwickelt sind als andere. Allmählich setzt sich – nun auch deutschlandweit – die Erkenntnis durch, dass öffentliche Kindereinrichtungen prinzipiell geeignet sind, die sozialen Folgen von Armut und Ausgrenzung zu kompensieren oder doch wenigstens zu mildern. In der DDR gehörten öffentliche Kindereinrichtungen von Anfang an zum politischen Ziel und seit September 1950 zur juristisch fixierten Aufgabe des Staates. Zunächst auch „nur“ aus frauenpolitischen Erwägungen. Die entsprechenden medizinischen und pädagogischen Forschungen zum Kindeswohl begannen Mitte der 50er Jahre und führten nicht selten zu Korrekturen der Betreuungspolitik, vor allem aber zu Ausbildungsrichtlinien für das Betreuungspersonal.

Drittens. Der Prozess der Armuts- und Reichtumsentwicklung ist zu beeinflussen durch politischen Druck auf die beiden anderen „Säulen“, auf die politische Macht und auf die Wirtschaft. Insofern ist immer wieder zu betonen, dass Sozialberichte, auch Alternativberichte nur dann Sinn haben, wenn sie als Grundlage von Veränderungen der Sozialpolitik fungieren. Den – oft gesellschaftskritischen – Berichten muss die Aktivität der Verantwortlichen folgen. Die Zivilgesellschaft ist hier in besonderer Weise „im Vorteil“ gegenüber der verfassten Politik und

auch gegenüber den wirtschaftlich Mächtigen. Ihre Akteure und Akteurinnen gehören im Allgemeinen weder zu den ganz Armen noch zu den ganz Reichen, haben also zum Thema einen angemessenen Abstand, der ihnen theoretische Erörterungen und politische Forderungen erlaubt. Gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft nicht in gleichem Maße wie die etablierte Politik in bürokratische Ressorts „zerhackt“. Sie muss nicht in den engen Kategorien denken (und dann mit Denken aufhören), die die Arbeitsteilung in staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen vorschreibt. Sie kann also das Armutsthema in der realen Komplexität und im Kontext zu Reichtum betrachten und Forderungen daraus ableiten.

Zum Beispiel die Forderung nach einem Mindestlohn. Dieses Thema berührt wie kaum ein anderes den Kern geschlechtsspezifischer Diskriminierung, weil es vor allem Frauen sind, und hier wiederum vor allem Frauen mit Migrationshintergrund, die im schlecht honorierten Dienstleistungssektor tätig sind. Das alles gilt verstärkt für den besonders schlecht honorierten personenbezogenen Dienstleistungsbereich. Die jüngste DIW-Studie zur Armutsentwicklung (2010) spricht nicht nur von Arbeitslosigkeit als Armutsursache, sondern auch von der Zunahme des Niedriglohnssektors. Warum in jeder modernen Gesellschaft das Herstellen und Verändern wertvoller erscheint als das Pflegen und Erhalten, ist nicht sachgemäß zu beantworten. Noch viel weniger die Frage, warum der Gesellschaft die Pflege einer Datei wichtiger ist als die Pflege eines Babys, warum gerade dieser Typ von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der der Erhaltung der menschlichen Art und der Erhaltung der Erde dient, so häufig zu Armut führt. Nach einer Studie der Europäischen Kommission zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes liegt der Frauenanteil an personenbezogener Pflegearbeit in Deutschland und auch anderswo in Europa seit Jahren um 90 Prozent. Entsprechend dieser Studie fehlt der „starke politische Wille“, um die Unterbewertung der weiblichen Kompetenzen zu bekämpfen. Zumindest der starke zivilgesellschaftliche Wille sollte deshalb wirksam werden.

Die Aktionswoche des Deutschen Frauenrates will unter der Überschrift „Arm in einem reichen Land“ mit Bezug auf Europapolitik zunächst „nur“ auf einen Skandal aufmerksam machen. Obwohl Deutschland ein reiches Land ist, obwohl im Vergleich zu vielen anderen Ländern genügend Geld und genügend materielle Ressourcen vorhanden sind, gibt es arme Frauen und Kinder. So gesehen appelliert die Aktionswoche an den Gerechtigkeitssinn, an Demokratie und Moral. Das Thema kann aber auch anders gelesen werden, gewissermaßen politisch drückender: WEIL Deutschland ein reiches Land ist, gibt es Armut. Der Reichtum beruht auf gesellschaftlichen Strukturen, die vor allem für Frauen und Kinder zur Armut führen können. Ein gut bezahlter Job erfordert einen schlecht oder gar nicht bezahlten zum Rücken frei halten (Beck-Gernsheim), zum Überleben können. Anders: Marktwirtschaftliche Strukturen (kapitalistische Ausbeutung) und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bedingen sich gegenseitig, brauchen sich – eine Erkenntnis, die die westliche Frauenbewegung seit mehr als 40 Jahren prägt. Das heißt, das Rütteln an geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und damit verbundenen patriarchalen Mustern bedeutet Rütteln an den Grundfesten dieser Gesellschaft. Billiger ist aber eine wirksame Aktivität gegen Armut nicht zu haben. Ebenfalls ein Thema, das nur von der Zivilgesellschaft deutlich aus- und angesprochen werden kann.

Nimmt man beispielsweise die hierarchische Sicht auf Öffentlichkeit und Privatheit als ein zentrales patriarchales Muster, thematisiert man also die „strukturelle Rücksichtslosigkeit des

Öffentlichen gegenüber dem Privaten“ und damit die hauptsächliche Armutsursache von Alleinerziehenden und fordert gleiche gesellschaftliche Wertschätzung für Arbeit in der Öffentlichkeit und Arbeit im Privathaushalt, dann folgt daraus nicht etwa die „Herdprämie“ für Frauen und Alles-beim-Alten für Männer. Wohl aber könnten radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen der familienbezogenen Infrastruktur daraus folgen. Kann sein, dass es auch weniger Alleinerziehende gäbe, wenn Männer und Frauen in der Familienphase ihrer Biografie eine tägliche Erwerbsarbeitszeit von drei oder vier Stunden hätten, wenn sie beide die Chance hätten, sich sowohl angemessen an der Familienarbeit als auch am gesellschaftspolitischen Engagement zu beteiligen. Und niemand möge sagen, das seien ökonomisch blinde Wunschträume. Wer sich Arbeitslosigkeit und „kriegsähnliche Zustände“ leisten kann, wer sich also massenhafte Vergeudung von Produktivkräften leisten kann, der hat auch die Möglichkeit zu strukturellen Veränderungen. Vorausgesetzt, Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind halbwegs „in Balance“.

Soll heißen, das Nachdenken über Armut führt zum Nachdenken über den Arbeitsbegriff bzw. über die Arbeitsgesellschaft und Leistungsgesellschaft generell. Dieses Thema wird durchaus nicht nur in der Zivilgesellschaft für wichtig gehalten. So machte in der Bundestagsdebatte am 8. Sept. 1999, als aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Bundestages ausnahmsweise nur Frauen aller Fraktionen zu Wort kamen (und die meisten Männer deshalb das Haus verließen), eine Abgeordnete der CDU in ihrem Beitrag darauf aufmerksam, „dass der Begriff ‚Arbeit‘ in unserer Gesellschaft ein außerordentlich restriktiver ist“. Über diese Enge und Eingeschränktheit, überhaupt über die Begrifflichkeit und die zugehörige Politik müsse gesprochen werden.

Die damit im Zusammenhang stehenden Diskussionen und Forderungen zur bedarfsorientierten Grundsicherung bzw. zum bedingungslosen Grundeinkommen bzw. Bürgergeld sind umfangreich und zunehmend unübersichtlich, sind wohl auch Bestandteil des permanenten Wahlkampfes der Parteien. Die Modelle schwanken stark in ihrer Ausgestaltung und in ihrem ideellen Hintergrund und sind bisher bei keiner Partei schon ein Konzept, das Hoffnung machen könnte. Während die bedarfsorientierte Grundsicherung nicht radikal mit dem Bestehenden bricht, stellt das bedingungslose Grundeinkommen die Leistungsgesellschaft in Frage, ist insofern eine Vision. Allerdings eine, die nicht unbedingt zur Geschlechtergerechtigkeit führen muss. Die Realisierung könnte Armut verhindern, ohne die gesellschaftliche Zweitrangigkeit von Frauen zu verändern (vergleichbar mit sozialistischem Patriarchat). Dennoch gehören die Vorstellungen zum bedingungslosen Grundeinkommen in die breite frauenpolitische Debatte, weil visionäre Überlegungen gerade in Krisenzeiten wichtig sind.

Überlegungen zum Thema „Familienfreundlichkeit“ haben die visionäre Etappe inzwischen überwunden, sollten sie überwunden haben. Bekanntlich hatte der Siebte und jüngste Familienbericht, 2005 fertig gestellt, 2006 veröffentlicht, drei Aspekte hervorgehoben, die Familienfreundlichkeit in Deutschland ausmachen: Die Familien brauchen erstens genügend Geld, zweitens genügend Zeit und drittens die passende Infrastruktur. Die damalige Regierung war – ihrer Stellungnahme nach – der gleichen Auffassung und versprach einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik. Inzwischen sind Regelungen zum Aspekt „Geld“ und „Infrastruktur“ im Gang, obgleich nicht immer geeignet, die Armutsentwicklung aufzuhalten. Was bisher aber überhaupt noch nicht in der Debatte ist und auf den Druck der Zivilgesellschaft wartet, sind grundsätzli-

che Veränderungen in der Zeit-Politik bzw. eine neue gesellschaftliche Sensibilität für die Kategorie Zeit. Bei mehr als 50 Prozent aller Unternehmen spielt Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie in der Arbeitszeitpolitik nach wie vor keine Rolle. Gleichzeitig geben inzwischen bei Befragungen 40 Prozent der Väter an, nicht genügend Zeit für die Familie zu haben. Dabei sind die konkreten Zeit-Wünsche bescheiden. 58 Prozent der Väter von minderjährigen Kindern wünschen sich eine Erwerbsarbeitszeit von 36 bis 40 Stunden. Auch die vergleichsweise abstrakte Debatte um „Zeit als Eigenwert“, um Zeitwohlstand als Ergänzung zum Geldwohlstand bzw. um Reichtum vs. Zeitarmut, um Entschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung usw. ist wohl weder von der Wirtschaft noch von der etablierten Politik zu erwarten. Wie armselig sich eine Person fühlen kann, die zwar viel Geld, aber niemals Zeit zur Besinnung hat, wird bestenfalls in der Kunst reflektiert. Sachkenntnis und politischer Druck der Zivilgesellschaft tun hier dringend Not.

Dr. Ursula Schröter (Demokratische Frauenbund)  
Berlin Juli 2010



Arm in einem reichen Land

## Konkrete Projekte der Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen reagieren seit geraumer Zeit auf die steigende Armut in Deutschland. Im Folgenden finden Sie eine Liste der Aktivitäten, die vielerorts vorzufinden sind. Die Akteure/innen sind natürliche Bündnispartner/innen Ihrer Aktionen vor Ort und gleichzeitig auch Adressaten/innen Ihrer Unterstützung.

So finden sich in vielen Städten und Gemeinden z. B.

- ❖ Tafeln
- ❖ Suppenküchen
- ❖ Sozialkaufhäuser
- ❖ Tafelläden
- ❖ Kammern für Kleider, Hausrat, Spielzeug, Möbel
- ❖ Aktionen zur Schulspeisung
- ❖ Informations- und Gesundheitsangebote
- ❖ Gesundheitsversorgung für Obdachlose
- ❖ Gesundheitsversorgung für Illegalisierte
- ❖ Tagestreffs für Wohnungslose
- ❖ Soziale-Städte-Netzwerke
- ❖ Beschäftigungs- und Integrationsprojekte
- ❖ Wärmestuben
- ❖ Schuldner/innenberatung
- ❖ Schulfonds
- ❖ Kinder-Ferien-Angebote
- ❖ Weihnachtstüten für Tafeln
- ❖ Stiftungen

Zahlreiche dieser Initiativen verbinden mit der materiellen Unterstützung und der Beratung Angebote zur Aktivierung der von Armut Betroffenen und Bedrohten. Hier bietet es sich an, bei evtl. geplanten Lobbyaktionen Menschen aus diesen Projekten zur Mitwirkung einzuladen.

Marlies Brouwers / Henny Engels (Vorstand / Geschäftsstelle Deutscher Frauenrat)  
Berlin Juli 2010